

2010/293
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Rat der Stadt	23.09.2010	

Betreff

Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen vom 6. September 2010;
"Google StreetView"

Beschlussvorschlag

Siehe Antrag.

Daniel Molloisch
Fraktionsvorsitzender

Dr. Bert Wagener
Fraktionsvorsitzender

Sachverhalt



Ratsfraktionen Castrop-Rauxel



Herrn
Bürgermeister
Johannes Beisenherz
Europaplatz 1
44575 Castrop-Rauxel

B90 / Die Grünen
Vorsitzender
Dr. Bert Wagener
Kleine Rosenstraße
18
44575 Castrop-Rauxel
((02305) 6 21 49

Betr.: Antrag zur Ratssitzung am 23.09.2010

Sehr geehrter Herr Beisenherz,

wir bitten Sie folgenden Antrag im nächsten Rat der Stadt Castrop-Rauxel behandeln zu lassen:

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Castrop-Rauxel beauftragt die Verwaltung, dem Beispiel zahlreicher Städte und Gemeinden zu folgen und im Rathaus sowie in der Stadtbibliothek die Möglichkeit zum Sammelwiderspruch gegen den Dienst „StreetView“ der Firma Google zu schaffen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, auf der Homepage der Stadt neben dem Hinweis auf den möglichen Sammelwiderspruch ein Musterschreiben für den individuellen Widerspruch gegen den Dienst anzubieten.

Begründung:

Über „Google StreetView“ wird seit mehreren Wochen den Medien berichtet und kontrovers diskutiert. Das Unternehmen Google erstellt detaillierte Bilder von Häusern, Gärten und Straßen und befährt dafür die Straßen in Deutschland mit Kamerafahrzeugen. Die Aufnahmen sind anschließend im Internet weltweit abrufbar.

Dies hat zu einer breiten Diskussion über Datenschutz und Privatsphäre geführt, da viele Menschen ihre Häuser, Wohnungen und Gärten als Teil ihrer Privatsphäre betrachten und sich durch Google beobachtet fühlen. Sie wollen nicht, dass ihr privates Lebensumfeld im Internet öffentlich sichtbar ist. Das Protokollieren von Internetverkehr durch Google hat zudem bei vielen Menschen das Vertrauen in das Unternehmen zerstört.

Wir halten das Recht auf Privatsphäre insbesondere im Zeitalter des Internets für ein hohes Gut, dass nicht für die Interessen des Unternehmens Google beschnitten werden darf und nehmen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst.

Nach Diskussionen mit dem Bundesverbraucherschutzministerium hat Google zugesagt, Einzel- und Sammelwidersprüche gegen die Aufnahme einzelner Häuser in den Dienst „StreetView“ zuzulassen. Widerspruch ist gegen die Veröffentlichung von Aufnahmen der eigenen Person, von Kraftfahrzeugen und Gebäuden/Grundstücken möglich. Auf Antrag unterschiedlicher Parteien bieten seitdem viele Städte öffentliche Sammellisten und Musterbriefe für den individuellen Einspruch an.

Damit die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Castrop-Rauxel möglichst einfach ihr Recht auf informelle Selbstbestimmung wahrnehmen können, beantragen wir deshalb, dass die Stadt Castrop-Rauxel diesem Beispiel folgt.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich in der Ratssitzung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Daniel Molloisch

SPD Ratsfraktion

gez. Dr. Bert Wagener

Grüne Ratsfraktion